

Hintergrund Syrien 17.07.2015 Sonderausgabe

Die Sunniten in Syrien – Fakten und Missverständnisse

Petra Becker

Diese Sonderausgabe des Syrien-Newsletters ist entstanden, weil ich in deutschen und internationalen Medien immer wieder darüber gestolpert bin, dass Sunniten in Syrien (und auch im Irak) in einem Atemzug mit Dschihadisten genannt oder – wo nicht – zumindest als ein monolithischer Block dargestellt werden.

Gleichzeitig ist in Syrien eine ähnliche Entwicklung im Gang: Je länger der Konflikt andauert und je tiefer die existentiellen Ängste aller Syrer werden, desto mehr neigen die Menschen auch in Syrien dazu, ihre Identität enger zu definieren. Viele Syrer hätten 2011 völlig verständnislos auf die Frage reagiert, ob sie Sunniten seien. Dieselben Menschen sprechen heute wie selbstverständlich von einem geplanten Genozid an den Sunniten in Syrien.

Diese Rhetorik nimmt immer mehr Fahrt auf und wird von den derzeitigen Entwicklungen wie z.B. die Wiederannäherung zwischen den USA und dem Iran immens befeuert. Umso wichtiger ist es, zu verstehen, dass Sunniten in Syrien keineswegs eine homogene Gruppe sind.

Wer sind die Sunniten in Syrien?

Zahlen

Vor Beginn des Syrienkonfliktes im März 2011 wurde die Zahl der Sunniten in Syrien mit etwa 74% angegeben.ⁱ Belastbar allerdings ist diese Zahl nicht, denn die letzte Volkszählung in Syrien fand 1962 statt. Alle danach angegebenen Zahlen basieren stets auf Schätzungen. Die angenommenen 74% setzen sich aus etwa 65% Arabern, 9 % Kurden und etwa 1% Turkmenen und Tscherkessen zusammen. Türkische Quellen geben die Zahl der Turkmenen oder türkischstämmigen Syrer sogar mit 4% an.ⁱⁱ Schließlich gehören auch die meisten der gut 500.000 palästinensischen Flüchtlinge in Syrien dem sunnitischen Islam an.ⁱⁱⁱ Die Zahl der Schiiten wird mit 13% angegeben, darin eingerechnet sind Ismailiten und etwa 10% Alawiten, die als Sonderformen des schiitischen Islam angesehen werden. Daneben wird der Anteil der Christen mit ca. 10% angegeben. Hinzu kommen ca. 3% Drusen und einige Tausend Yeziden.

Wie sich diese Verhältnisse nach vier Jahren des Konfliktes verschoben haben, ist schwer zu beurteilen. Nach Angaben von UNHCR haben von den 23 Mio. Syrern, die 2011 in Syrien lebten, vier Millionen das Land verlassen. Diese Zahl dürfte noch deutlich unter der tatsächlichen Zahl liegen, da in dieser Statistik nur registrierte Flüchtlinge einfließen, beson-

ders in der Türkei und im Libanon aber weitere Hunderttausende als illegale Flüchtlinge leben oder von dort aus versuchen, nach Europa zu gelangen.

Während der Anteil der Sunniten an den Flüchtlingen zu Beginn des Konflikts überproportional hoch war, weil das syrische Militär vor allem gegen die sunnitischen Hochburgen der Revolutionsbewegung vorging, hat man in den letzten beiden Jahren mit dem Erstarren dschihadistischer Gruppen auch einen zunehmenden Exodus der Christen und Yeziden gesehen, vor allem aus den Gebieten, die vom sogenannten „Islamischen Staat“ kontrolliert werden. Es ist aber weiterhin mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass der Anteil der Sunniten unter den mehr als 220.000 Opfern des Konfliktes überproportional hoch ist. Aron Lund zeigt in seiner Studie zum Dschihadismus in Syrien auf, dass der Anteil der sunnitischen Opfer schon in den ersten Monaten nach Beginn des Aufstandes überproportional hoch war (Aron Lund 2012). Vier Jahre nach Beginn des Konfliktes ist Syrien großflächig zerstört, wobei es sich bei den meisten betroffenen Siedlungen um sunnitisch dominierte Städte, Dörfer oder Wohnviertel handelt, wie z.B. Deraa und Talbiseh oder die Viertel Baba Amro in Homs oder Salaheddin in Aleppo.

Historische und religionswissenschaftliche Hintergründe

Religionswissenschaftlich gesehen sind die Sunniten Muslime, die nach der Entstehung des Islam im siebten Jahrhundert an der Überlieferung festgehalten haben, dass der Nachfolger des Propheten Mohammads gewählt werden muss. (Das arabische Wort *khalife* heißt wörtlich „Nachfolger“; daher unser Begriff *Kalif*). Der Begriff *Sunniten* stammt vom arabischen Wort für „Überlieferung“ (*sunna*). Dies hat noch zu Lebzeiten der Zeitgenossen Mohammads zum großen Schisma im Islam geführt, da die Nachkommen Mohammads darauf bestanden, dass das Amt des Kalifen innerhalb der Familie weitergegeben werden müsse. Die Anhänger dieser Sicht werden als *Schiiten* bezeichnet. (Halm 2005)^{iv}

Da Mohammad nicht nur missionierte, sondern gleichzeitig ein neues Gemeinwesen schuf, sind die islamischen Vorstellungen auch in die Gesetzgebung eingeflossen. In den ersten Jahrhunderten nach Entstehung des Islam und der Ausbreitung des islamischen Reiches - des Kalifates, an dessen Spitze der Kalif stand - haben sich im sunnitischen Islam vier Rechtsschulen herausgebildet, die sich darin unterscheiden, welche Texte zur Rechtsprechung herangezogen werden. Der traditionell in Syrien praktizierte sunnitische Islam folgt größtenteils der schafaitischen Rechtsschule, die neben dem Koran die Sunna (Überlieferungen des Lebens und der Aussprüche des Propheten) zur Rechtsprechung heranzieht sowie auch den Analogieschluss und den Konsens unter den Rechtsgelehrten als Rechtsquelle akzeptiert, in den Städten Damaskus und Aleppo folgt ein Teil der Gelehrten auch der hanafitischen Rechtsschule, die im osmanischen Reich verbreitet war und neben den o.g. Quellen auch juristische Einzelentscheidungen akzeptiert sowie Entscheidungen, die den Interessen der Gemeinschaft dienlich sind. Die hanafitische Schule ist damit noch pragmatischer in ihrer Auslegung als die schafaitische (Ende/Steinbach 2005)^v. Überdies orientieren sich die syrischen Gesetze, die auf der Scharia beruhen, wie das Familiengesetz oder das Personenstandsgesetz, an der hanafitischen Rechtsschule. Ein weiteres prägendes Element des Sunnitentums in Syrien ist der große Einfluss des Sufismus, also der islamischen Mystik. (Pierret 2012)^{vi}.

Damit unterscheidet sich der sunnitische Islam in Syrien wesentlich von dem in Saudi-Arabien, der auf der hanbalitischen Rechtsschule beruht. Die Staatsreligion in Saudi-Arabien geht auf den hanbalitischen Religionsgelehrten Mohammad Ibn Al-Wahhab zurück, der mit den Vorfahren des heutigen Königshauses, den Al Saud, ein Bündnis einging, in dem Herrschaftsanspruch und Staatsreligion miteinander verbunden wurden. Diese Strömung des Islam nennt sich wahhabitische Islam und ist auch in anderen Golfstaaten verbreitet. Es handelt sich um eine besonders puristische Auslegung, die versucht, sich an

der ersten Generation der Muslime zu orientieren und dabei soweit wie möglich nur Koran und Sunna als Rechtsquellen nutzt. Der Wahhabismus ist eine der Grundströmungen des Salafismus und wird heute größtenteils mit diesem gleichgesetzt, obwohl es auch moderne, reformistische Formen des Salafismus gab. Dieser Exkurs nach Saudi-Arabien ist nötig, um die spätere Entwicklung in Syrien zu verstehen.

Rolle der Scharia im syrischen Recht

Wenn wir oben davon gesprochen haben, welche Form des sunnitischen Islam in Syrien vorherrscht, so gilt das sowohl für den syrischen Klerus und seine Lehrmeinungen wie auch für den Einfluss der Scharia auf das Personenstands-, Familien- und Erbrecht. Es wird vielfach fälschlich davon ausgegangen, dass es sich bei Syrien um einen säkularen Staat handelt. Dem ist nicht so. Auch mehr als vierzig Jahre sozialistischer Ideologie im Fahrwasser der Sowjetunion haben nichts daran geändert, dass die Scharia eine der Rechtsquellen der syrischen Rechtsprechung ist. Dass das Personenstands-, Familien- und Erbrecht der Scharia folgt, schlägt sich zum Beispiel darin nieder, dass Polygamie erlaubt ist, dass die Scheidung durch Verstoßen durch den Ehemann nicht ungewöhnlich und legal ist und dass Töchter beispielsweise nur halb so viel erben wie ihre Brüder. (Das Recht kennt eigene Rechtsnormen für Christen und Drusen, bei denen jeweils von eigenen religiösen Instanzen Recht gesprochen wird.) In der Verfassung steht festgeschrieben, dass die Scharia die Hauptquelle der Rechtsprechung ist und der Staatspräsident Muslim sein muss.

Sunniten in Syrien – tief religiös - pragmatisch - atheistisch

Nun ist es aber nicht so, dass Religion im Leben jedes Syrers oder jedes sunnitischen Syrers eine Rolle spielt bzw. gespielt hat. Neben extrem konservativen Milieus in den großen Städten Syriens, in den Frauen selten das Haus verlassen, oft schon im Alter von 14 oder 15 verheiratet werden und schon immer einen Gesichtsschleier tragen, existieren liberale Milieus bis hin zu solchen, in denen offen über die Ablehnung von Religion und Tradition gesprochen und dies auch gelebt wird. Es gibt eine lebendige Künstlerszene, Sunniten, die in der Öffentlichkeit Alkohol konsumieren und sunnitische Frauen, die sich ausgesprochen freizügig kleiden.

Auch zeichnen sich bestimmte ethnische Gruppen durch besonderen Pragmatismus im Umgang mit Religion ab. Dies gilt z.B. für den Großteil der kurdischen Bevölkerung sowie für die Tscherkessen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Bei den Kurden spielt eine Rolle, dass viele von ihnen in linken kurdischen Parteien organisiert sind, die sich – anders als die großen linken Parteien - ihre Anhängerschaft auch über die 90er Jahre hin bewahrt haben. Bei den Tscherkessen, die im 19. Jahrhundert aus dem Kaukasus ins Osmanische Reich geflüchtet waren, spielt eine Rolle, dass ihr Brauchtum viele liberale Züge hat wie zum Beispiel der von der Gemeinschaft geförderte zwanglose Kontakt zwischen unverheirateten Frauen und Männern.

Auch gibt es Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Die Beduinen sind im Allgemeinen nicht sehr religiös. Die bäuerliche Bevölkerung, die zum Teil aus sesshaft gewordenen Beduinen hervorgegangen ist, ist weit pragmatischer in der Ausübung der Religion als manche konservativen städtischen Milieus. In den 80er Jahren war zu beobachten, dass Moscheen in kleinen Dörfern wenig frequentiert wurden und auf dem Land in aller Offenheit kritisch über Religion gesprochen werden konnte.

Der Trend zur konservativen Gesellschaft

Überhaupt spielte den 80er Jahren Religion im öffentlichen Raum keine sehr große Rolle. Weniger als ein Drittel aller Frauen in Damaskus z.B. trugen ein Kopftuch. Man konnte auch im Ramadan im öffentlichen Raum essen oder trinken. Dies war in den 2000er Jahren

nicht mehr der Fall. Öffentliches Essen und Trinken während der Fastenzeiten im Ramadan war ausgesprochen verpönt. Alkohol zu trinken oder sich kritisch über Religion zu äußern war nur noch in kleinen gesellschaftlichen Nischen möglich. Im Damaszener Straßenbild trugen mehr als dreiviertel aller Frauen ein Kopftuch.

Grund dafür ist vor allem der zunehmende Einfluss wahhabitischen Gedankengutes in Syrien. Dass sich dies in Syrien ausbreiten konnte, hat zwei Gründe: Zum ersten waren viele Syrer als Gastarbeiter nach Saudi-Arabien und in andere Golfstaaten gegangen und von dort herrschenden Religionsvorstellungen beeinflusst worden. Zweitens hat auch die aktive wahhabitische Missionierung in Syrien eine Rolle gespielt, die durch den Bau von unzähligen Moscheen und dort abgehaltene Missionierungszirkeln stattfand. Vom syrischen Staat wurde die Missionierung nicht unterbunden, sondern eher noch gefördert, indem der Staat selbst Koranschulen gründete und versuchte, die sunnitische Bevölkerung für sich einzunehmen – ein Versuch, das religiöse Establishment und die konservativen Businesseliten zu kooptieren, wie Thomas Pierret in seinem Buch „Religion and State in Syria“ eindrucksvoll darstellt (Pierret 2012).

Dass die Missionierung in diesem Ausmaß gelingen konnte, ist auch dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre geschuldet und dem damit einhergehenden Zusammenbruch eines Weltbildes, das Freiheit und Gerechtigkeit eben durch Abkehr von der Religion versprochen hatte. Einen weiteren Schub bekam die religiös-konservative Bewegung durch die Ereignisse vom 11. September 2001 und den darauffolgenden „Krieg gegen den Terror“, durch den sich viele Muslime weltweit in ihrer kulturellen Identität bedroht sahen.

Die syrische Muslimbruderschaft und das Trauma von Hama

In den ersten 20 Jahren nach der syrischen Unabhängigkeit hatte die syrische Muslimbruderschaft die Interessen der konservativen Sunniten im Parlament vertreten. Nach der Machtergreifung der Baath-Partei 1963 und die damit verbundene aggressive Säkularisierungspolitik radikalisierten sich Teile der Partei. Vertreter des gemäßigten Flügels verließen die Partei oder gingen ins Exil.

In der Widerstandsbewegung der 70er Jahre, die sich gegen die Aushöhlung der staatlichen Institutionen durch das Assad-Regime richtete, spielte die Muslimbruderschaft eine zentrale Rolle. Aber auch linke Parteien waren in der Bewegung vertreten. An die Spitze des bewaffneten Widerstandes allerdings hatte sich eine militante Gruppe aus der Muslimbruderschaft gestellt, die sich „die kämpfende Avantgarde“ (al-taliaa al-muqatila) nannte. 1980 wurde die Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft unter Todesstrafe gestellt. Viele Mitglieder und die Führung der Muslimbruderschaft flohen ins Ausland.

Die Widerstandsbewegung mündete 1982 schließlich in einen bewaffneten Aufstand in der mittelsyrischen Stadt Hama. Das syrische Militär schlug den Aufstand brutal nieder, wobei es keinen Unterschied zwischen Zivilisten und Aufständischen machte. Ein Großteil der Altstadt von Hama wurde dem Erdboden gleichgemacht, wobei Tausende binnen weniger Tage ums Leben kamen. (Die Schätzungen reichen von 15.000 - 40.000).

Aber im Zuge der Niederschlagung des Aufstandes verschwanden auch zehntausende Syrer anderer politischer Couleur in den Gefängnissen und Internierungszentren der Geheimdienste. Von Tausenden fehlt bis heute jede Spur.

Aus diesem Grunde herrschte in Syrien in der 80er Jahren eine allgegenwärtige Angst vor den Geheimdiensten. Niemand traute sich, im öffentlichen Raum über Politik zu reden, schon gar nicht über die Ereignisse von Hama. Aber in privaten Gesprächen konnte man auch damals von Syrern mit unterschiedlichem konfessionellen Hintergrund erfahren,

dass das Land von Alawiten beherrscht werde und dass diese mit fürchterlicher Rache rechnen müssten, wenn sie eines Tages von der Macht vertrieben würden.

2011: Hama wird ent-tabuisiert

Auch in den 2000er Jahren, in denen es - bedingt durch die kosmetischen Reformen von Baschar Al-Assad - größere Freiräume gab, wenn es um öffentliche politische Diskurse ging, war das Thema Hama tabu. Dieses Tabu fiel mit Beginn der Revolution 2011. Erstmals berichteten Syrer von ihren Erinnerungen an das Massaker bzw. ihren Umgang damit.

Zunächst ging es nur darum, sich an das damals erlittene Unrecht zu erinnern und sich mitzuteilen. Je brutaler aber die Protestbewegung von 2011 niedergeschlagen wurde, desto mehr brach sich auch die Wut derer Bahn, die in Hama Freunde und Angehörige verloren hatten. Während in den ersten Wochen der Revolution peinlich darauf geachtet wurde, keine konfessionalistischen Parolen auszugeben, konnten die Wortführer nach der exzessiven Gewalt gegen Demonstranten und Zivilisten immer weniger verhindern, dass sich eine anti-alawitische Rhetorik Bahn brach. Beobachtet man die sozialen Netzwerke der syrischen Widerstandsbewegung, kann man deutlich sehen, wie diese Rhetorik immer mehr Fahrt aufnimmt, je länger der Konflikt andauert und je mehr Opfer es gibt.

Sunnitische Opposition - alawitisches Regime?

Auch in der Gegenwart sind die Sunniten in Syrien alles andere als homogen. Wie wir schon oben gesehen haben, sind die Hochburgen der Revolution im allgemeinen sunnitisch dominierte Stadtteile und Dörfer und deshalb auch am stärksten von Bombardements und Hungerblockaden durch das Regime betroffen.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch (wenn auch weniger) Sunniten, die dem Regime die Treue halten und im Militär wie in den sogenannten „Volksverteidigungsmilizen“ kämpfen. Wieder andere haben sich dem „Islamischen Staat“ angeschlossen.

Dass dies anders wahrgenommen wird - so nämlich, als handele es sich um eine sunnitische Opposition und ein alawitisches Regime - liegt in erster Linie daran, dass sowohl ISIS als auch das syrische Regime genau dieses Klischee bedienen. Während das Regime von Beginn an versucht hat, die Revolutionsbewegung als einen Aufstand der Sunniten gegen die Minderheiten und gegen den säkularen Staat zu diskreditieren, versuchen dschihadistische Gruppen Kämpfer zu rekrutieren, indem sie den Konflikt in Syrien als einen Krieg gegen den sunnitischen Islam darstellen.

Aber auch religiöse Satellitensender aus den Golfstaaten, z.B. „Wisal“ und „Safa“, verbreiteten antischiitische Propaganda und versuchten, der Revolution einen sunnitischen Stempel aufzudrücken. (Beide Sender wurden nach dem Erstarken von ISIS von Saudi-Arabien resp. Kuwait geschlossen.) An der sunnitischen Befeuerung der Revolution beteiligten sich auch der Muslimbruderschaft nahestehende ägyptische Sheikh Yousef Al-Qaradawi in seinem Programm auf Al-Jazeera als auch der syrische im saudischen Exil lebende salafistische Sheikh Adnan Al-Arouf.

Mobilmachung entlang konfessioneller Grenzen

Die Tatsache, dass das syrische Regime militärisch und logistisch vom Iran unterstützt wird und ohne diese Unterstützung wahrscheinlich längst gestürzt wäre, führt dazu, dass der Konflikt, bei dem es eigentlich um einen Kampf um Teilhabe an den nationalen Ressourcen und an politischen Entscheidungsprozessen handelt, zunehmend als konfessioneller Konflikt wahrgenommen wird. Der Iran als schiitischer Staat rekrutiert Kämpfer der schiitischen Hizbollah im Libanon und schiitische Kämpfer aus dem Irak mit der Rhetorik,

sie müssten in Syrien schiitische Schreine wie etwa das Grab der Prophetenkelin Zainab bei Damaskus vor sunnitischen Extremisten schützen. Auf Stirnbändern und Fahnen der schiitischen Milizen, die in Damaskus und anderen Landesteilen aufmarschieren stehen religiös motivierte Parolen und der Generalsekretär der Hizbollah, Hassan Nasrallah verkündete in einer Rede im Mai 2015 gar, der Fortbestand des gesamten Schiitentums stehe in Syrien auf dem Spiel, und es sei nicht zu wenig verlangt, dass drei Viertel der Schiiten ihr Leben opfereten, um dem Rest der Gemeinschaft ein Leben in Würde zu garantieren.

Genau diese Rhetorik macht es wiederum sunnitischen Extremisten – also den Dschihadisten des „Islamischen Staates“ und der „Nusra-Front“ (Jabhat Al-Nusra) beispielsweise – leicht, ihrerseits mit konfessionalistischer Propaganda Kämpfer zu rekrutieren. In ihrer Rhetorik heißt es, in Syrien gehe um einen Vernichtungskrieg gegen den sunnitischen Islam. Dabei werden Alawiten, Ismailiten und Drusen – deren Entstehungsgeschichte mit dem schiitischen Islam zusammenhängt – mit den Schiiten als ein gemeinsames Bedrohungskonstrukt dargestellt. Der Iran wird als Bedrohung für den gesamten sunnitischen Islam dargestellt, der gemeinsam mit den USA und dem Westen versucht, den wahren Islam auszulöschen. Diese Sichtweise wird durch den Erfolg der Nuklearverhandlungen zwischen dem Westen und dem Iran noch verstärkt.

Änderung der sunnitischen Identität

Dass diese Rhetorik bei vielen Sunniten zunehmend verfängt, kann man daran ablesen, dass auch Intellektuelle, die sich jahrelang in internationalen Zusammenhängen für eine Lösung in Syrien einzusetzen und denen man eine differenzierte Sicht zutrauen kann, inzwischen Verschwörungstheorien anhängen. So hängen manche Oppositionelle der Theorie an, es existiere ein heimliches Abkommen zwischen Barack Obama und dem Iran und machen dies an Barack Obamas zweitem (schiitisch konnotierten) Vornamen „Hussein“ fest. Der linke Intellektuelle Yassin Haj Saleh, dem man nun wirklich keine Nähe zu Dschihadisten unterstellen kann, stellte mir im Gespräch die provozierende Frage, in welcher Hinsicht der Westen besser sei als ISIS, und selbst die renommierte Politikwissenschaftlerin Basma Kodmani sprach Anfang Juli in einem Fernsehinterview davon, dass der USA und der Westen die Syrer betrogen hätten.

Sind die Sunniten in Wirklichkeit eine Minderheit?

Besonders zornig macht es viele Sunniten, dass die internationale Medienaufmerksamkeit sich den Minderheiten im Land widmet, während das Leiden der Sunniten nicht wahrgenommen wird. Immer wieder wird in internationalen Medien das Narrativ des Regimes übernommen, wonach bei einem Sturz des Regimes die Minderheiten gefährdet seien. Dieses Argument hat dazu geführt, dass den Institutionen der Opposition, zunächst dem „syrischen Nationalrat“ und später der „Nationalen Koalition“ nennenswerte Militärhilfe verweigert wurde. Hilflos müssen die Bewohner sunnitisch dominierter aufständischer Gebiete mitansehen, wie wehrlose Zivilisten Opfer des unausgesetzten Bombardements durch die syrische Luftwaffe werden. Mitte Juli hat UNHCR mitgeteilt, dass die Zahl der syrischen Flüchtlinge inzwischen die 4-Millionen-Grenze überschritten habe. Im Inland gibt es 7,6 Millionen Vertriebene.

Angesichts des Elends in den Flüchtlingslagern – vor allem im Libanon – aber auch im türkisch-syrischen Grenzgebiet und unter den Flüchtlingen, die unregistriert in den Städten der Nachbarländer leben, angesichts des Versagens der Institutionen fühlen sich die Syrer inzwischen ebenso im Stich gelassen, wie die Palästinenser von 1948. Fehlende Personaldokumente oder neue Reisebeschränkungen führen zu immer weiterer Einschränkung ihres Handlungsspielraums. Die UN-Organisationen sind angesichts der Flut von Flüchtlingen nicht einmal in der Lage, die Grundversorgung sicherzustellen. Trotzdem

gelingt es nicht, die Weltgemeinschaft zumindest dazu zu bewegen, dass Sicherheitszonen auf syrischem Territorium eingerichtet würden.

So stellen sich viele Sunniten – als Hauptbetroffene des Bombardements – inzwischen die Frage, ob sie nicht vielmehr eine Minderheit darstellen. Schließlich ist dies eine Definitionsfrage und macht sich nicht unbedingt an Zahlen fest, sondern auch an dem Grad der gesellschaftlichen und politischen Partizipation. Aber auch die Angst, im eigenen Land tatsächlich zur zahlenmäßigen Minderheit zu werden, macht sich breit: Konnte man zu Beginn noch die Vermutung hören, dass die Sunniten als zahlenmäßige Mehrheit nicht zu besiegen seien, hörte ich in den vergangenen Monaten geführten Interviews immer wieder die Aussage „Die Schiiten/Alawiten wollen uns ausrotten. Das Regime und der Iran legen es darauf an, das demographische Gleichgewicht zugunsten der Schiiten zu verschieben.“

Ob es sich um eine langfristige Strategie handelt oder die Ereignisse eher eine Eigendynamik entwickeln, ist schwer zu beurteilen. Fest steht, dass das Regime in der Tat nichts unternimmt, um der Bevölkerung aufständischer sunnitische Gebiete irgendeinen Hinweis darauf zu geben, dass sie im Land erwünscht sind. Das Prinzip der kollektiven Bestrafung verfährt nach dem Motto: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!“, was darauf hinausläuft, dass Bewohner dieser Gebiete vertrieben werden und man auch keinen Wert auf ihre Rückkehr legt. Syrer, die binnenvertriebenen Sunniten humanitäre Hilfe leisten, tun dies unter Gefahr für ihr eigenes Leben, weil die Perception ist, dass diese Sunniten als Bewohner aufständischer Gebiete mit Terroristen gleichzusetzen sind und ihre Unterstützung demnach auch strafbar ist.

Entwicklung einer Opfermentalität führt zu Radikalisierung

Die so entstandene Opfermentalität führt dazu, dass die Sunniten die Lage in Syrien immer mehr durch eine „sunnitische Brille“ wahrnehmen und von einer differenzierteren Sicht immer mehr zu einem Gut-Böse bzw. ein Freund-Feind-Schema gelangen. Dass auch Angehörige anderer Konfessionen in der Oppositionsbewegung aktiv sind, wird von vielen inzwischen schlichtweg geleugnet.

Hinzu kommt, dass viele Bewohner der aufständischen Gebiete inzwischen so viel Gewalt haben erfahren und hilflos mitanzusehen müssen, dass sich ihre Trauer und Wut in Gewaltbereitschaft ummünzen lässt. Da sie das Regime aber in den moderaten Gruppen nicht effektiv bekämpfen können, weil diesen die Finanzierung fehlt, lassen sie sich von dschihadistischen Gruppen anwerben, die eher in der Lage scheinen, das verhasste Regime zu besiegen. Hinzu kommt, dass ihre Propaganda von einem besseren Leben als Märtyrer im Jenseits angesichts der erfahrenen Traumata verlockend erscheint. Es gibt zahllose Berichte von Jungen und Männern, die sich ISIS angeschlossen haben, nachdem ihre gesamte Familie vor ihren Augen durch Regimekräfte ums Leben gekommen war.

Sunniten im Regime-Lager: Geschäftsleute, Geheimdienstler, lokale Gruppen, Altlinke

Die Sunniten, die im politischen Lager des Regimes verblieben sind, werden oft als „Business-Sunniten“ bezeichnet. Gemeint sind damit Geschäftsleute, deren Interessen mit Figuren aus dem Regime verknüpft sind, wie etwa der Bau-Tycoon Mohammad Hamsho. Diese Businesseliten müssten nicht nur um ihren Reichtum fürchten, sollte das Regime stürzen, sondern auch um ihre gesellschaftliche Stellung, weil zu erwarten ist, dass sie für ihre Nähe zum Regime geächtet oder durch die Aufdeckung illegaler Machenschaften der Vergangenheit bloßgestellt werden. Aus diesem Grund stellen sie ihren ganzen Einfluss dem Regime zur Verfügung, können dafür aber auch Gegenleistungen erwarten.

Es sind aber nicht nur diese „Business-Sunniten“, die im Lager des Regimes verbleiben sind, sondern auch viele Mitarbeiter des Militärs und der Geheimdienste, die entweder bleiben,

weil sie Vergeltung für begangenes Unrecht fürchten, sollte das Regime stürzen oder aber, weil sie schlicht nicht in der Lage sind, ihre Familien aus dem Land zu bringen. Dazu muss man wissen, dass das Regime seit Jahrzehnten ein sehr engmaschiges Überwachungsnetz aufgebaut hat, dass es Staatsangestellten, die an sicherheitsrelevanten Stellen arbeiten – und dazu gehören selbstverständlich alle Militärs, Geheimdienstler und andere Mitarbeiter der Innenbehörden, aber zum Beispiel auch einflussreiche Kleriker – unmöglich macht, sich ins Ausland abzusetzen, ohne dass ihre Abwesenheit unmittelbar auffällt. Wer dies dennoch geschafft hat, hat das oft in monatelanger geheimer Koordination mit der Opposition organisiert. Es ist aber auch klar, dass die Opposition logistisch nicht in der Lage ist, dies für eine größere Anzahl von Überläufern zu leisten.

Bei der dritten Gruppe, die noch im Lager des Regimes verblieben sind, handelt es sich um lokale Gruppen – oftmals Beduinenclans – deren das Regime sich über Jahrzehnte bedient hat. Oft handelt es sich dabei um Clans, die in unterentwickelten Gegenden siedelten, oft in Nachbarschaft anderen Ethnien oder Konfessionen. (Beispiele hierfür sind einige Beduinenclans in Sweida und in der Gegend um Quneitra, aber auch die Araber, die in den 60er Jahren durch den Bau des Euphrat-Staudammes landlos wurden und als im sogenannten „arabischen Gürtel“ entlang der türkischen Grenze angesiedelt wurden, um einen geographischen Trennstrich zwischen die Kurden diesseits und jenseits der türkische-syrischen Grenze zu ziehen.) Es gehört zum Kalkül des Assad-Regimes, überall lokale Gruppen gegeneinander auszuspielen. So hat die kurdische PYD eingeräumt, vom Regime bewaffnet worden zu sein, um stellvertretend für das Regime die kurdischen Gebiete zu sichern. Gleichzeitig mit der Bewaffnung der Kurden – so berichtet der zur Opposition übergelaufene ehemalige Ministerpräsident Riad Hijab – wurde beschlossen, die arabischen Stämme in den kurdisch dominierten Gebieten zu bewaffnen, um zu verhindern, dass die Kurden ein Autonomiegebiet ausrufen.

Das heißt aber nicht, dass etwas alle Beduinenstämme zu Assad stehen. Im Gegenteil haben sich hier die Stammesstrukturen in den letzten Jahrzehnten weitgehend aufgelöst und die Loyalitäten richten sich nicht so sehr nach Stammeszugehörigkeit wie nach lokalen Identitäten. So waren die Bewohner des Homser Viertels Baba Amro, das vom Regime komplett zerstört wurde, zum Großteil sesshafte Beduinen und auch der Aufstand in Deraa wurde im Wesentlichen von der ärmeren Landbevölkerung getragen, die beduinischen Ursprungs ist.

Überraschend war für viele Syrer, die sich der Revolution angeschlossen hatten, die Reaktion vieler Linker der älteren Generation, die zum Teil noch unter Hafez Al-Assad im Gefängnis gesessen hatten. Wie viele Linke in Europa stellten sie – die sich Jahrzehnte als Opposition definiert hatten – plötzlich hinter das Regime und rechtfertigten die brutale Repression durch Militär und Sicherheitsapparat. Sie machten sich die Lesart des Regimes zu eigen, wonach der Aufstand von den USA angezettelt sei und im Verein mit den verhassten reaktionären Golfstaaten umgesetzt werden solle, dass es also gelte, sich einer imperialistischen Intrige in den Weg zu stellen. Zu diesen Linken gehören viele Vertreter der sogenannten „Inlandsopposition“, die sich aus Vertretern aller ethnischen und religiösen Gruppen, aber eben auch Sunniten zusammensetzt. Prominentestes Beispiel wäre hier der Vorsitzende des „Nationalen Koordinierungskomitees“, Hassan Abdelazim.

Sunniten in der Revolution

Unter den sunnitischen Oppositionellen befinden sich viele linke und liberale Intellektuelle wie zum Beispiel Burhan Ghalioun, Basma Kodmani, Riad Seif, Muwaffaq Neirabiyeh. Noch mehr Intellektuelle kommen aber aus dem konservativen Spektrum. Die sicherlich am besten organisierte Kraft unter ihnen ist die Muslimbruderschaft, die nach vierzig Jahren Vernetzung im Exil und guten Beziehungen in den Nachbarländern (z.B. Qatar und

der Türkei) über finanzielle wie personelle Ressourcen und vor allem viel Parteidisziplin verfügt, was anderen Parteien und Strömungen abgeht.

Die Revolution selbst aber, d.h. die Massendemonstrationen und später der bewaffnete Aufstand wurden im Wesentlichen von der Landbevölkerung und von den armen Schichten getragen, die in den Armutsgürteln der Städte lebte und größtenteils vom Land zugezogen war.

Islamistische Milizen geben den Ton an

Nach vier Jahren des Konfliktes sind es auch nicht mehr die Oppositionspolitiker, sondern islamistische Milizen, die den Ton angeben. Der Grund dafür liegt einerseits darin, dass die syrischen Sicherheitskräfte gezielt alle Politiker und lokale Führungsfiguren ausgeschaltet haben, die einen säkularen Hintergrund hatten und/oder für eine pluralistische Gesellschaft standen. Wer nicht entführt oder ermordet wurde, ist ins Ausland geflüchtet.

Übrig blieben konservative Kräfte, die zum Teil von der Muslimbruderschaft, zum Teil von anderen extrem konservativen Gruppen im Ausland unterstützt wurden. Auch als sich die Aufstandsbewegung bewaffnete, waren es die islamistischen und dschihadistischen Gruppen, die von Netzwerken aus den Golfstaaten mit Waffen ausgestattet wurden. Der Militärarat der „Nationalen Koalition“, der gegründet worden war, um eine geeinte Oppositionsarmee aufzustellen, verfügte kaum über finanzielle Mittel.

Die Staaten, die sich 2012 zur Gruppe der „Freundes des syrischen Volkes“ zusammenschlossen und die „Nationale Koalition“ als „legitime Vertreterin des syrischen Volkes“ anerkannt hatten, ließen diesem Bekenntnis keine Taten folgen. Zusagen über Militärhilfen wurden gegeben, aber nicht eingehalten. Dies hat dazu geführt, dass die „Freie Syrische Armee- FSA“ – ein Zusammenschluss moderater Gruppen, die direkt aus den Revolutionskomitees entstanden waren und für ein freies, pluralistisches Syrien kämpften - ihre Kämpfer weder mit Waffen ausrüsten noch überhaupt versorgen, geschweige denn einen Sold zahlen konnte. Am Ende verlor die FSA einen Großteil ihrer Kämpfer an islamistische und dschihadistische Gruppen, die einen Sold zahlen konnten.

Die oben beschriebene Radikalisierung der Bevölkerung tat ein Übriges, um den islamistischen und dschihadistischen Milizen Zulauf zu beschieren.

Die Szene im Sommer 2015

Heute, im Sommer 2015, wird die Szene von islamistischen Milizen beherrscht, von denen nicht sicher ist, wieviel sie noch mit den Zielen der Revolution zu tun haben.

Ausschließen kann man das für die Jabhat Al-Nusra (JN), die sich im 2013 zur Al-Qaeda bekannt hat. Ihr Anführer, Abu Mohammad al-Jolani, ließ Ende Mai 2015 in einem Al-Jazeera-Interview verlauten, dass den religiösen Minderheiten im Land nichts geschehen werde, vorausgesetzt, dass sie von ihrer Irrlehre abließen und sich zum wahren Islam bekennen. Zudem ließ er durchblicken, dass er die Christen mit einer Sondersteuer belegen werde, sollte seine Miliz das Sagen in Syrien bekommen.

Sicherlich ausschließen kann man das auch bei ISIS, auf die ich unten noch eingehen werde, da sie nicht zur Oppositionsbewegung gerechnet werden können.

Bei anderen Milizen wird es da schon schwieriger. Ahrar Al-Sham, die Islamische Armee und Dutzende weitere kleinere Milizen mit islamistischem bis dschihadistischem Hintergrund bestehen fast ausschließlich aus syrischen Kämpfern und unterscheiden sich damit von JN und ISIS, in denen ein Großteil der Kämpfer oder zumindest der Führungskader Ausländer sind. Viele der Kämpfer haben sich diesen Milizen nicht angeschlossen, weil sie islamistische oder gar dschihadistische Tendenzen hätten, sondern weil sie schlagkräftiger

sind, einen besseren Sold zahlen als die Milizen, die vom Militärrat unterstützt werden (s.o.) und weil ihr Aktionsradius oft auf die Region beschränkt ist, aus der die Kämpfer selbst stammen. D.h. die Motivation der Kämpfer ist es, das Regime zu stürzen, aber vor allem ihr Dorf bzw. ihr Viertel zu verteidigen oder von Regimemilizen (oder gelegentlich von ISIS) zu befreien.

Wie selbstbestimmt aber diese Milizen sind und wie weit sie von ihren Geldgebern und deren Ideologie abhängen, bleibt fraglich. Fraglich ist auch, wer denn eigentlich ihre Geldgeber sind. Handelt es sich um staatliche Akteure am Golf, handelt es sich um nichtstaatliche? Oder um beides? Und welche Agenda verfolgen diese Akteure? Man kann mit einiger Sicherheit davon ausgehen, dass staatliche Akteure in den Golfstaaten kein Interesse am Erfolg einer Graswurzelrevolution in der Region haben. Vielmehr scheint es so, als hätten die wesentlichen Unterstützer der syrischen Opposition (Türkei, Saudi.Arabien und Qatar) gar keine wirkliche Agenda, sondern eher das gemeinsame Interessen, den iranischen Einfluss in der Region zurückzudrängen.

In jedem Fall scheint es gemeinsame Bemühungen dieser Staaten zu geben, die von ihnen unterstützten Milizenführer (Zahran Alloush von der Islamischen Armee und Hisham Al-Sheikh von den Ahrar Al-Sham) salonfähig zu machen. Im April wurden beide – nicht in Militärkluft, sondern im Anzug - in der Türkei empfangen und sollen anschließend in die Golfstaaten weitergereist sein.

Dass beide zu den Top-Dschihadisten gehörten, die vom Regime zu Beginn der Revolution auf freien Fuß gesetzt wurden, um die Revolutionsbewegung zu unterwandern, mag als ironische Fußnote in die Geschichte eingehen.

Will man Vertreter der Ahrar Al-Sham treffen, muss man das nicht in Syrien mit waffenstrotzenden Kämpfern tun, sondern kann im Cafe in Istanbul junge Männer treffen, die sich sehr weltoffen geben. Sie reden von einem Syrien der Zukunft, in dem alle Syrer einen Platz haben sollen. Es wirft allerdings ein Licht auf ihr Verständnis von Machtteilung, dass sie jede Rolle der Übergangsregierung in Idlib verneinen. Ein Beobachter der Szene erklärte, dass die Ahrar Al-Sham nach außen hin stets beteuerten, dass sie kein Problem mit Demokratie hätten, dass dieser Diskurs aber nur nach außen geführt würde. Die Kämpfer vor Ort seien für solche differenzierten Diskurse nicht zu haben.

Nun muss das nicht heißen, dass diese zweifellos idealistischen jungen Leute mit doppelten Zungen reden. Sie sind nicht zu beneiden für den Spagat, den sie hinbekommen müssen zwischen den Idealen der Revolution, aus der sie hervorgegangen sind, und der dschihadistischen Ideologie, die unter den Kämpfern am Boden herrscht. Aus deren Sicht haben die „Nationale Koalition“ und die ihr angehängte Interimsregierung versagt, weil sie es nicht geschafft haben, Militärhilfe gegen das Regime zu mobilisieren. Immer mehr werden sie als Verräter angesehen, die mit dem Westen gemeinsame Sache machten. Wenn die Führungsspitze der Ahrar Al-Sham nun versuchen, sich politische salonfähig zu machen und mit der Nationalen Koalition und der Interimsregierung kooperieren, laufen sie Gefahr, ihre Basis zu verlieren.

Denn das Narrativ des bösen Westens, das am Anfang der Revolution nur bei den Regimeanhängern weit verbreitet war, setzt sich zunehmend auch bei den Revolutionären durch. Die Sichtweise, die im Moment in Syrien überhaupt Konjunktur hat – und zwar nicht nur unter Extremisten beider Seiten – ist, dass der ganze Syrienkonflikt eben doch ein Komplott der USA und Israels war, um Syrien zu zerschlagen und in mehrere schwache Staaten aufzuteilen. Dass das kleine Train- and Equip-Programm“ der USA für „handverlesene moderate Rebellen“ vor dem Scheitern steht, weil die USA die Kämpfer dazu verpflichten wollen, ihre Waffen nur gegen den Islamischen Staat, aber nicht gegen das Regime zu richten, ist nicht geeignet, dieses Narrativ in Zweifel zu ziehen.

Die Rolle der sunnitischen Religionsgelehrten – auf beiden Seiten

Die syrischen Religionsgelehrten, die dem islamistischen Spektrum innerhalb der Opposition nahestehen, haben ebenso zwei unterschiedliche Diskurse – und müssen den gleichen Spagat hinbekommen. In Zeitungsartikeln und Interviews werden sie nicht müde zu betonen, dass der „syrische Islam“ ein „Islam der Mitte“ sei, der keinen Extremismus kenne. In ihren inneren Diskursen aber sind sie weit davon entfernt, eine positive Rolle für ein multikonfessionelles Syrien zu spielen.

Im Interview sagte mir ein Vertreter des in Istanbul ansässigen „Syrischen Islamischen Rates“ (Al-Majlis Al-Islami Al-Suri), dem der in Damaskus angesehene Sheikh Usama Al-Rifai vorsitzt, seine Organisation bilde vor allem Religionsgelehrte aus, die dann in die vom Regime befreiten Gebiete entsandt würden, um die lokalen Schariagerichte mit Fachwissen zu bereichern und zu verhindern, dass an den Gerichten das islamische Recht willkürlich ausgelegt würde. Es gelte, die Ausbreitung von extremistischem Gedankengut zu verhindern. Er gab mir eine Broschüre mit, in dem die Ausbildungsprojekte im Einzelnen beschrieben werden. Tatsächlich steht u.a. darin, es gelte eine Dialogkultur zwischen den syrischen Konfessionen zu entwickeln.

Allerdings lässt die Broschüre Zweifel daran aufkommen, ob nicht auch den Religionsgelehrten die Sicht auf die Dinge durch ideologische Vorbehalte verstellt ist. In der Einleitung wird als eines der zentralen Probleme in Syrien identifiziert, dass globale Missionsgesellschaften humanitäre Hilfe missbrauchten, um Werbung für ihre Kirchen zu machen. Aus dieser Einschätzung spricht die reine Angst um die kulturelle Identität. Belegen lässt sich solch eine Missionstätigkeit bis auf sehr wenige Einzelfälle nicht. In Gegenteil lässt sich belegen, dass syrische islamische Schulen in der Türkei und in den von Regime befreiten Gebieten aus dem Boden sprießen, deren erstes Ziel nicht Bildung sondern Indoktrination ist.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich die religiösen Institutionen innerhalb des syrischen Staates, die nach wie vor im Sinne des Regimes agieren – auch wenn sich manche Kleriker abgesetzt haben.

Das syrische Regime hat die religiösen Institutionen in den 80/90er Jahren neu „geordnet“ und dabei dafür gesorgt, dass auch Kirchen, Moscheen und andere religiöse Einrichtungen durch und durch vom Geheimdienst kontrolliert werden. Religiöse Ämter werden nur mit Zustimmung der Geheimdienste vergeben und Würdenträger begeben sich in Gefahr, wenn sie nicht wie gewünscht mit den Geheimdiensten kooperieren. Daher haben es auch nur zwei der 14 Muftis, die der Staat für die 14 Provinzen ernannt, gewagt, sich vom Regime loszusagen. Die übrigen zwölf sind im Schoße des Regimes verblieben, von manchen sagt man, dass sie aus Angst um ihre Familien bleiben, andere, wie z.B. der syrische Großmufti Hassan Badreddin Hassoun sind Überzeugungstäter. Schon vor der Revolution wurde ihm große Nähe zu den Geheimdiensten nachgesagt. Seine Rhetorik in den vergangenen Jahren, in denen er auch schon mal damit gedroht hat, dass Syrien den Westen im Falle einer Militärintervention mit Selbstmordattentätern überziehen werde, geht sicherlich über das hinaus, was ihm das Regime an Pflichtübung abverlangen würde.

Insgesamt kann man davon ausgehen, dass den patriarchalisch organisierten religiösen Institutionen die Revolution nicht sympathisch ist, als sie die Autorität und Integrität sämtlicher – religiöser wie weltlicher - Instanzen in Frage stellt. Nur wenige sunnitische Religionsgelehrte stehen für einen aufgeklärten Islam. Diese erfreuen sich innerhalb der Revolutionsbewegung großer Beliebtheit, haben aber keinen wirklich großen Einfluss. An erster Stelle kann hier Sheikh Jawdat Said genannt werden, der die pazifistischen Revolutionäre in Daraya inspiriert hat und heute trotz seines hohen Alters im Exil in Istanbul wirkt. Größerer Bekanntheit erfreuen sich Mohammad Al-Habash, der aber wegen seiner

früheren Nähe zum Regime sehr umstritten ist und heute in Dubai lebt, sowie seine Ehefrau Asma Kuftaro. In der Oppositionsbewegung prominent vertreten sind außerdem Sheikh Mohammad Abu-l-Huda Al-Yaaqoubi und der Sohn des 2005 vermutlich vom ermordeten kurdischen Religionsgelehrten Maashouq Al.Khaznawi, Murshed Al-Khaznawi, die sich beide für den Erhalt der religiösen Koexistenz in Syrien einsetzen.

Sunniten bei ISIS

Auf die Radikalisierung bin ich oben schon eingegangen. Zu ISIS sollte man vielleicht noch präsent haben, dass er, wie Christoph Reuter in seinem Buch über den Islamischen Staat^{vii} eindrücklich darlegt, eher ein Kind der Entwicklungen im Irak ist und sich in Syrien breitmachen konnte, weil dort ein Machtvakuum entstanden war.

Die sunnitische Bevölkerung der Gebiete, die ISIS heute in Syrien kontrolliert, sind weder Anhänger desselben noch tragen sie Schuld daran, dass er ihre Gebiete erobern konnte. Wenn eine internationale Koalition gegen ISIS seit September 2014 diese Gebiete bombardiert und dabei auch Zivilisten umkommen, wobei diese Koalition gleichzeitig die Ursache des Übels in Syrien – das Regime – unangetastet lässt, führt das dazu, dass die Bevölkerung empfänglicher für die ISIS-Propaganda wird.

Dieselbe Fehlentwicklung lässt sich in den kurdisch verwalteten Gebieten beobachten. Die kurdischen Milizen werden im Kampf gegen ISIS von der Allianz mit Luftschlägen unterstützt. Arabische Bewohner der Gegenden, die von ISIS befreit wurden, werden zum Teil von kurdischen Milizen vertrieben, weil sie als potentielle Unterstützer von ISIS gelten. Diese Politik birgt dasselbe Radikalisierungspotential wie die kollektiven Bestrafungen des Regimes in Damaskus, Aleppo, Homs oder Deraa.

Fazit

Um die Lage in Syrien zu verstehen, muss man auch auf Religionen und Ethnien schauen und darauf achten, wie sich Identitäten verschieben und verändern. Man sollte aber nicht der Versuchung erliegen, einzelnen Konfessionen und Ethnien bestimmte Ziele und Interessen zuzuschreiben, denn diese sind so vielfältig wie Menschen überhaupt.

Wenn in dieser Ausgabe eins zu kurz gekommen ist, dann vielleicht die Tatsache, dass sich nach wie vor die meisten Syrer als Syrer fühlen – auch wenn sie sich ihr Verhältnis zur eigenen Konfession oder Ethnie geändert hat. Die Zivilgesellschaft, die bestrebt ist, Syrien in seiner ethnischen und konfessionellen Vielfalt zu erhalten, ist lebendig und der Diskurs des Sunna-Schia-Konfliktes gräbt dieser Zivilgesellschaft – wie auch allen politischen Kräften, die auf Oppositionskonferenzen für den Erhalt Syriens kämpfen – das Wasser ab.

Diese Ausgabe des Syrien-Newsletters enthält weniger Quellenangaben als andere Ausgaben. Der Grund ist, dass sie vor allem auf eigenen Recherchen beruht, aber auch auf einer Unmenge an Zeitungsmeldungen und der Beobachtung von sozialen Netzwerken. Für Nachfragen zu Quellen stehe ich gerne zur Verfügung.

ⁱ<http://www.state.gov/j/drl/rls/irf/2006/71432.htm>

<http://www.ui.se/upl/files/77409.pdf>

ⁱⁱ <http://www.usak.org.tr/dosyalar/dergi/IdZgitj2V2vbuyxGGkzJnS8yvQqpT5.pdf>

ⁱⁱⁱ <http://www.unrwa.org/syria-crisis>

^{iv} Heinz Halm: *Die Schiiten*, München 2005

^v Werner Ende, Udo Steinbach (Hrsg.): *Der Islam in der Gegenwart*, Bonn 2005

^{vi} Thomas Pierret: *Religion and State in Syria*, Cambridge 2012

http://carnegieendowment.org/syriaincrisis/?fa=60264&mkt_tok=3RkMMJWWfF9wsRogu6jAZKXonjHpfSx56eokWK6yIMl%2F0ER3fOvrPUfGjI4ES8Jnl%2BSLDwEYGJlv6SgFSrnAMbBwzLgFWhl%3D

^{vii} Christoph Reuter: *Die schwarze Macht*, München 2015